

Rheingauer Beobachter

Fernsprecher 22.

„Eltviller Zeitung“ und „Stadt-Anzeiger.“

Fernsprecher 22.

Nachweislich
größte Abonnentenzahl in der
Stadt Eltville.



Erscheint Dienstags und Samstags — Abonnementspreis pro Quartal M. 1.30 für Eltville und auswärts. (ohne Trägerlohn und Postgebühr. — Inseratengebühr: 20 J die einspaltige Petit-Zeile. Reklamen die Petit-Zeile M. 1.00.
Druck und Verlag von Alwin Boege in Eltville.

Der „Rheingauer Beobachter“ veröffentlicht zeitig alle städtischen amtlichen Bekanntmachungen.

N^o 3.

Eltville, Samstag, den 11. Januar 1919.

50. Jahrg.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Vom 9. Januar ab setzt der Kommandierende des 1. Armeekorps und des Brückenkopfes Mainz den Straßenverkehr wie folgt fest:

1) Theater, Restaurants, Wirtschaften, usw. dürfen bis 22 Uhr (10 Uhr) offen bleiben;

2) der Straßenverkehr ist von 6 Uhr bis 22 Uhr 30 (10 30 Uhr) gestoppt.

Der Kommandierende des 1. Armeekorps:
Bacapelle.

Es ist schon mehrmals vorgekommen, daß Besuche und Visiten den Herrn General-Kommandanten der Armee persönlich zugesandt werden.

Solche Besuche bleiben unbeantwortet. Jedes Gesuch, jede Visitschrift an die Armee darf nicht an den Herrn General-Kommandanten persönlich adressiert, sondern an die örtliche Militärbehörde zur weiteren Beförderung geschickt werden.

Cercle de Wiesbaden-Ville, la 8. 1. 1919
L'Administrateur.

Bekanntmachung.

Nach Mitteilung der Militärkommandantur will die französische Generalverwaltung Beweise dafür in Hand haben, daß zwischen den besetzten Gebieten und der deutschen Regierung drablos Verbindung besteht. Wir weisen darauf hin, daß die Unterhaltung solcher Stationen streng verboten sind und diejenigen Personen, die solche Stationen unterhalten, streng bestraft werden.

Eltville, den 4. Jan. 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Betrifft: Verkehrsregeln.

1. Nach den neuesten Bestimmungen der Stappen-Kommandantur Radesheim werden Reiseanträge nach Frankfurt a. M. und nach der neutralen Zone vorläufig nicht bewilligt.

2. Reiseanträge für die besetzten Orte des Rheingaukreises und nähere Umgebung z. B. Mainz, Wiesbaden, Bingen usw. sind auf den roten Bordrücken zu stellen. Die aufzufuchenden Ortschaften müssen einzeln aufgeführt sein. Ferner ist ein schriftlicher Antrag erforderlich; Bordrücke hierzu werden bei uns abgegeben.

Der Grund jeder Reise muß ausführlich angegeben und die Reise dringend erforderlich sein.

3. Personen, die auswärts den Arzt besuchen, müssen einen bestimmten Tag festlegen, an dem die Reise ausgeführt werden soll z. B. 15. Januar oder 16., 18., 22., 25. Januar usw.

4. An Angestellte, Arbeiter und Personen, die auswärts täglich ihren Beruf ausüben müssen, wird eine Reiselerlaubnis von 15 Tagen zuzugl. 2 Tage für Einholen der Genehmigung gewährt. Arbeitsbescheinigungen sind den Anträgen beizufügen.

Eltville, den 7. Jan. 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

St. 2159. Nachstehender Auszug aus Nr. 272 des „Deutschen Reichsanzeiger“ für 1918 wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht:

Vom 15. November 1918.

Die Reichsregierung bestimmt mit Gesetzeskraft was folgt:

§ 1.

Die Vorschriften in §§ 2 ff des Gesetzes über Sicherung der Kriegsteuern vom 9. April 1917 (R. G. Bl. S. 351) werden auf das 3. Kriegsgeschäftsjahr mit der Maßgabe ausgedehnt, daß die Gesellschaften in die Kriegsteuerrücklage 80 vom Hundert des im fünften Kriegsgeschäftsjahre erzielten Mehrgewinnes einzustellen haben.

§ 2.

Diese Verordnung tritt am Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 15. November 1918.

gez. Ebert.

gez. Baumbach.

Radesheim a. Rh., den 8. Dezember 1918.

Der Vorsitzende
der Einkommensteuer-Veranlagungskommission
des Rheingaukreises.

Bekanntmachung.

Betr.: Entrichtung der außerordentlichen Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918.

Um Zweifelsfällen vorzubeugen, mache ich darauf aufmerksam, daß in Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern die Kriegsabgabe an die Ortskasse — Stadtkasse, Gemeindekasse — und in Gemeinden von weniger als 2000 Einwohnern an die Kreis- oder Kreisstadt-Kasse, Rheingau-Kasse, abzuführen ist.

Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern im Rheingaukreis sind: Eltville, Gellensheim, Borch, Radesheim, Erbach, Klebrich, Dettlich und Winkel.

Radesheim, den 4. Januar 1919.

Der Vorsitzende
der Einkommensteuer-Veranlagungskommission
des Rheingaukreises.

Bekanntmachung.

Betr.: Aufdeckung von Geheimanschlägen.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß die Bezirks-Heimstätte in Frankfurt a. Main bereit ist, für die Aufdeckung von Geheimanschlägen eine angemessene Belohnung an diejenigen zu zahlen, die der Bezirks-Heimstätte oder uns Geheim-

schlachten derart nachweisen, daß eine Bestrafung der Täter erfolgen kann.

Radesheim, den 2. Januar 1919.

Der Landrat.

Bekanntmachung.

Auf Anordnung des Herrn Militärbefehlshabers bringe ich folgende Bestimmungen zur Kenntnis der Bevölkerung:

Die Zahlmeister der französischen Besatzungsgruppen sind nunmehr in der Lage, die für die Einkäufe der Truppen notwendigen Beiträge in Markwährung auszu zahlen. Keine Bank wird berechtigt werden, den Militärpersonen Geld zu wechseln. Keine Akquisition von deutschem Gelde wird ohne Erlaubnis der Armee erfolgen. Die Zahlmeister sind angewiesen, nur dem Militärpersonen Geld zu wechseln.

Radesheim, den 6. Januar 1919.

Der Landrat.

Bekanntmachung.

Wir nehmen Bestellungen auf Saatgut (Weizen, Hafer, Gerste, Mais, Erbsen, Bohnen und Raps) bis 15. Januar d. Js. entgegen. Die Besteller müssen sich **eigenhändig** in die auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 12, ausliegenden Scaffacten eintragen.

Eltville, den 7. Januar 1919.

Der Wirtschaftsausschuß.

Bekanntmachung.

Wir suchen eine Wohnung, bestehend aus 1 Zimmer und Küche.

Eltville, den 4. Januar 1919.

Der Magistrat.

Politische Uebersicht.

Graf Hertling †.

Der ehemalige Reichskanzler und bayerischer Ministerpräsident Graf Hertling ist am Sonntagabend in Mupolding in Oberbayern gestorben. — In den ersten Novembertagen 1917 hatte Graf Hertling das Kanzleramt übernommen, und nicht ganz einen Jahr Anfang Oktober 1918 ist er von seinem verantwortungsvollen Posten zurückgetreten. Von einem sehr großen Teil des deutschen Volkes wurde sein Kommen freudig begrüßt, sah man in ihm doch den Mann, der fähig war, uns den Frieden zu bringen. Die Erwartung hat sich nicht erfüllt. Welche Widerstände sich den ohne Zweifel ehrlichen Absichten des Grafen Hertling entgegenstellten, wird die Geschichte klären.

14. Fortsetz. a.)

Der Tag der Abrechnung.

Roman von M. a. Trystedt.

(Kochbuch verboten.)

„Ach, wie gern wäre sie ihm noch geblieben, hätte ihn unter Tränen gebeten, wieder gut zu sein! Aber dann blieb er zu Hause, und gerade das wollte sie vermeiden. Ein leises Knurren erhellte ihr liebes, schönes Gesicht. Sie wollte ihn erwarten, wenn er aus dem Klub kam, ihm allen Groll fortlassen.“

Eine Tür klopfte. Das war sein Schritt. Kam er nicht noch einmal zu ihr? Die Hände auf das angst-klopfende Herz gepreßt, wartete sie — vergeblich.

Ein leises Weh wollte sie beschleichen, doch die Befriedigung, daß er fort war, überwog.

Hinter der Gardine verhielt, sah sie, wie er langsam, mit festen Schritten den Gartenweg entlang ging.

Dann hörte sie das Zuschlagen der Pforte. Sie weinte und rang die Hände, sagte Entschlüsse und verwarf sie wieder. Dann steckte sie einen Hundertmarkschein in die kleine Perktasche, welche sie am Gürtel trug.

Aber es war noch nicht neun Uhr, kurz vor elf konnte sie erst hinaus, wollte sie vor Störungen sicher sein.

was konnte sie wohl tun, um den Unseligen am Wiederkommen zu verhindern, was? ...

Trindoe hatte wohl die Pforte zugeschlagen, war aber im Garten geblieben und verbarg sich in der Nähe des Einganges hinter einem Baum. Dort stand dichtes Gebüsch, aber auch eine Bank; sie war noch feucht vom Regen, aber der Direktor hatte einen warmen Mantel umgeworfen, da durfte er es schon wagen, sich zu setzen.

Wer ihm das vor ein paar Monaten gesagt hätte, daß er hier auf seinem eigenen Besitz wie ein richtiger Spion den Heimlichkeiten seiner Frau nachspüren würde, den würde er ausgelacht haben.

Die Situation widersteht ihm auch an, er schämte sich derselben, und mehrmals war er nahe daran, wirklich in den Klub zu gehen und alle mißtrauischen Gedanken zu verjagen.

Aber dann wäre der Stachel in seiner Brust geblieben, der wie ein Stippsel langsam, aber sicher seine Kraft zerstört und ausgezehrt hätte.

Er blühte, wagte sich auch von Zeit zu Zeit aus dem Schatten der Büsche hervor und schlich bis in die Nähe des Hauses.

Aus dem Untergeschoß schallten die schwahenden Stimmen der Diensthofen herüber. Hin und wieder gaben die Hunde kurzen Laut, sonst lag tiefe Stille über dem Hause und Garten.

Langsam schlich die Zeit. Dann schlug es zehn vom nahen Kirchturm. Das Licht im Hausflur erlosch. Dann

flogen die Mädchen mit der brennenden Lampe in die Mansarde hinauf, wo sie schliefen.

Jetzt war nur noch im Speisezimmer Licht, die Mädchen schienen sofort zur Ruhe gegangen zu sein.

Tiefer Frieden hüllte alles ein, nur die Besitzer der reizenden Villa irrten gleich Nachtwandlern umher.

Der Direktor schlich wieder bis in die Nähe der Pforte. Zwei weitbin hallende Klänge kündeten, daß wieder eine halbe Stunde verfloß.

Jetzt mußte es sich bald entscheiden, ob er an sich selbst zum Narren geworden oder —

Er hatte den Satz noch nicht zu Ende gedacht, da sah er, wie die lange, hagere Gestalt eines Fremden sich gewandt über das Gittergitter in der Nähe der Pforte schwang.

Trindoes erster Impuls war, dem Burschen an die Kehle zu fahren. Er hatte auch seinen Revolver schußfertig in Bereitschaft.

Aber rechtzeitig kam es ihm zum Bewußtsein, daß er durch solche Ueberreißung nur alles verderben könne. Er hielt an sich, trotzdem es ihm große Ueberwindung kostete.

In einiger Entfernung wurden Stimmen laut, da duckte sich der Lange und lief den Gartenweg, der zur Villa führte bis zu dem Gange, an dessen Ende Trindoe, vom dichten Gebüsch vollständig verdeckt, stand.

(Fortsetzung folgt.)

Prinz August Wilhelm in Privatdiensten.

Der frühere Prinz August Wilhelm von Preußen ist, der „*Adm. Volksz.*“ zufolge, in den Dienst der Benz-Automobil-Gesellschaft getreten.

Roosevelt †.

* **New-York**, 5. Jan. (Reuters.) Der frühere Präsident Roosevelt ist infolge einer rheumatischen Erkrankung Samstag früh gestorben.

Noch 23 000 deutsche Waggon mit Heeresgut in Belgien.

* **Berlin**, 7. Jan. Nach Bekanntmachung der belgischen Eisenbahndirektion befinden sich auf den belgischen Eisenbahnen noch 23 000 deutsche Waggon mit Munition, Kriegsmaterial und Lebensmitteln, die von den Deutschen zurückgelassen worden sind.

Die Lage in Berlin.

* **Berlin**, 7. Jan. Die Nacht ist ruhig verlaufen. In den späten Abendstunden wurde um das Postamt in der Köpenicker Straße heftig gekämpft. Erst nach langem Kampfe wurde es von den Regierungstruppen geräumt. Während der ganzen Nacht fielen hier und da vereinzelt Schüsse. Vor dem Gebäude des Wolffschen Telegraphen-Bureaus zogen nunmehr 60 Mann Regierungstruppen. Ein Offizier stellte den das Gebäude besetzt haltenden Unabhängigen ein Ultimatum von 10 Minuten, das aber nicht wirksam wurde, da die Regierungstruppen sich weigerten, zu kämpfen. Es wurden einige Schüsse abgegeben, worauf wieder Ruhe eintrat. Heute früh sind die Blätter von *Wolff*, *Scherl* und *Roske* sowie der „*Vorwärts*“ nicht erschienen. Die „*Note Fahren*“ fordert ihre Anhänger auf, sich wiederum in der Siegesallee zu versammeln. Ein Flugblatt der Mehrheitssozialisten fordert die Arbeiter auf, die Betriebe zu verlassen, vor der Reichsleitung zu erscheinen und eine freiwillige republikanische Schutzwehr zu bilden.

Lokale und vermischte Nachrichten.

Stettin, den 7. Januar 1919.

Stadtvorordneten-Sitzung.

Anwesend unter dem Vorsitz des Herrn Stadtvorordneten-Vorsitzers Jos. Abt folgende Mitglieder des Kollegiums: *Nick. Dommermuth*, *Karl Fischer*, *Peter Fleischner II.*, *Jos. Kögler*, *Peter Kopp*, *Dr. Kornbusch*, *Math. Krebs*, *Edg. Jos. Kremen*, *Dr. Mercken*, *Caspar Rau* und *H. Simon*.

Seltens des Magistrats war anwesend Bürgermeister Dr. Reutner und Veterinärarzt Bitt.

Das Amt des Schriftführers vertrat der Stadtvorordnete *Nick. Dommermuth*.

Der Herr Stadtvorordnete-Vorsitzer eröffnete die Sitzung und begrüßte die Mitglieder anlässlich des Jahreswechsels, dabei die Hoffnung ausdrückend, daß das kommende Jahr ein wirkliches Friedensjahr sein möge, welches uns einen annehmbaren und dauernden Frieden bringen möge. einen Frieden, dessen Bedingungen nicht zu hart uns für uns erträglich sein mögen. Redner wies dann einen Rückblick auf die Tätigkeit des Kollegiums im verflochtenen Jahre. Aus seinem Bericht sei besonders hervorzuheben, daß 1) am 27. 1. 18. die Einführung und Verpflichtung von 6 neu gewählten Stadtvorordneten, der Herren *Dommermuth*, *Fischer*, *Fleischner*, *Dr. Mercken*, *Rau* und *Simon* stattfand; 2) wurden 12 Sitzungen abgehalten (eine Sitzung war nicht beschlußfähig), in denen 89 Punkte beraten wurden; 3) durch Tod sind im verflochtenen Jahre ausgeschieden die Mitglieder: *Arnold*, *Dr. Wahl* und *Schwanck*; 4) fand am 6. August die Wiederwahl von 3 Magistratsmitgliedern und zwar der Herren *Bott*, *Viebler* und *Bitt* statt, während Herr *Jos. Gms* neu in den Magistrat gewählt wurde; 5) wurde an Stelle des verstorbenen 1. Beigeordneten Herrn *Franz Herber* Herr *Veterinärarzt Bitt* als solcher gewählt, während der 2. Beigeordnete Herr *Viebler* wiedergewählt wurde; 6) wurde als Stadtvorordnete-Vorsitzer Herr *Jos. Abt*, als dessen Stellvertreter Herr *Josef Kögler*, als Schriftführer Herr *Nick. Dommermuth* und Herr *Dr. Mercken* als dessen Stellvertreter gewählt. Redner ging dann zur Tagesordnung über und sprach den Wunsch aus, die Punkte 6, 8 und 9 zuerst zu verhandeln. Da ein Widerspruch nicht erfolgte, wird hierauf in die Tagesordnung eingetreten.

Zu Punkt 5, Umgestaltung der Lateinschule, nimmt Bürgermeister Dr. Reutner das Wort und erklärt, daß die Lateinschule bekanntlich schon über 50 Jahre als Privatschule besteht; dieselbe wurde in den letzten 22 Jahren von dem vor einigen Monaten verstorbenen Herrn *Dr. Wahl* fast ununterbrochen geleitet und soll nun verstaatlicht werden. Durch den Tod des bisherigen geleiteten Zuzuschusses hatte sich dieselbe das Recht ausbedungen, auch einige Vertreter in den Schulverwaltungsrat zu entsenden. Finanziell hat die Schule bisher gut gearbeitet, da die hiesige Gütlichkeit ihre Kraft umsonst in den Dienst der Schule stellte und Herr *Dr. Wahl* auch nicht viel erhielt. Durch den Tod des bisherigen Leiters sei nun aber die Schule vor die Frage einer Umgestaltung gestellt; aus der bisherigen Privatschule soll nunmehr eine städtische gemacht werden. Die Schule habe in den letzten Jahren einen direkten städtischen Zuschuß von 4 000 Mark erhalten. Trotz dieses Zuschusses wäre es jedenfalls nicht möglich gewesen, die Schule als Privatinstitut zu erhalten, wenn nicht der Herr Stadtpfarrer seine Kraft umsonst in den Dienst der guten Sache gestellt und die Kapläne nur eine geringe Vergütung beansprucht hätten. Ein ausführliches Referat habe Herr Direktor *Rögel* ausgearbeitet, derselbe werde der Versammlung davon Kenntnis geben. Redner bemerkt dann weiter, daß nach seiner Ansicht eine Verstaatlichung der Schule nicht mehr zu umgehen ist; in diesem Falle müßten allerdings die vom Staat vorge-

schriebenen Gehälter für die erforderlichen Lehrkräfte bezahlt werden, wodurch natürlich eine ganz bedeutende Mehrausgabe für die Stadt entstehen würde. Durch die Umgestaltung und Verstaatlichung der Schule würde den Schülern derselben die Möglichkeit geboten, daß sie bei einer Versetzung in eine andere preussische staatliche oder städtische Schule ohne Prüfung in dieselbe Klasse aufgenommen werden, in der sie sich hier befinden.

Seminardirektor *Rögel* verlas hierauf ein mehrere Foliosseiten umfassendes Gutachten über die vorgeschlagene Veränderung der Schule, das allerdings der durch die neuen politischen Ereignisse eingetretenen Neuordnungen noch nicht Rechnung trage, da dasselbe bereits schon vor einigen Monaten ausgearbeitet worden sei. Aus dem umfangreichen Gutachten, dessen Verlesung längere Zeit in Anspruch nahm, geht hervor, daß die jetzige Vorstufe der Lateinschule und der Höheren Mädchenschule vereinigt werden sollen, ähnlich dem Frankfurter Schulsystem. — Für die Lateinschule allein käme nur eine Rektorats- oder Mittelschule in Frage mit 8- oder 9-jährigen Kurses. Redner verlas dann noch aus einem Buch eine längere Darstellung und schilderte hierauf die einzelnen Vorteile der Rektorats- und der Mittelschule. Nach Ansicht des Redners dürfte die Veränderung der Lateinschule im Interesse der Stadt sowie der Nachbarschaft nur zu empfehlen sein. Die Kosten für eine Rektoratschule, für die ja bereits die Unterlagen der Lateinschule vorliegen, würden sich bei 176 Wochenstunden auf ca. 40 000 Mark pro Jahr stellen. Demnach stiegen die jetzigen Einnahmen von 155 Schülern mit 19.050,00, der Zuzuschuss des Kreises in Höhe von 2000 Mark und der jetzige städtische Zuschuß von 4 000 Mark gegenüber, sobald sich eine Mehrbelastung der Stadt von mindestens 12 000 Mark ergibt, diese Summe würde sich allerdings noch um 3 000 Mark verringern, wenn die bisher zum Reservefond für die Lateinschule zurückgelegten 3 000 Mark zu den Einnahmen gerechnet werden. Redner empfiehlt dann dringend die Annahme des Magistratsantrages.

Bürgermeister Dr. Reutner schildert dann nochmals die Tragweite des Magistratsantrages. Die Versammlung solle heute keine Kosten bewilligen sondern nur den Magistrat beauftragen, in dieser Sache weiter zu arbeiten. Der Magistrat habe den Beschluß gefaßt, die Schule umzugestalten und zwar nach dem Vorschlage des Herrn Direktor *Rögel*. Die höheren Behörden hätten sich noch nicht zu einer Stellungnahme erklärt, bevor nicht von dem Stadtvorordneten-Kollegium der Beschluß gefaßt ist, grundsätzlich einer Umgestaltung der Lateinschule zuzustimmen.

Stadtvorordnete-Vorsitzer *Abt* verliest hierauf nochmals den Magistratsbeschluß und wünscht eine ausführliche Aussprache über denselben, da dieser Punkt von weittragender Bedeutung für die Zukunft unserer Stadt und das weitere Emporblühen derselben sei.

Stadtv. *Dr. Mercken*: Es ist alles sehr schön, was hier vorgebracht wurde, aber ich halte den Zeitpunkt zur Umänderung der Schule jetzt für recht schlecht. Die Verhältnisse erlauben uns nicht, in der jetzigen Zeit diesem Projekt näher zu treten. Ich wünsche, daß diese Frage noch etwas hinausgeschoben wird, bis die Verhältnisse ein, ermaßen geordnet sind.

Stadtv. *Kögler* fragt an, ob die Lateinschule in der jetzigen Weise noch einige Zeit beibehalten werden kann.

1. Beigeordneter *Bitt* spricht sich ebenfalls dafür aus, mit der Ausführung des Projektes resp. mit der Annahme des Magistratsantrages zu warten, da man noch nicht weiß, was der Frieden uns für Kosten auferlegt. Die Verhältnisse haben sich seit dem Magistratsbeschluß sehr geändert, daß man jetzt mit der Ausführung derselben warten müsse. Er findet die gegenwärtige Zeit für sehr ungeeignet zur Umgestaltung der Schule, so sehr er für eine höhere Schule ist. Die Lateinschule besteht ja und es wäre somit nur ein Ersatz für Herrn *Dr. Wahl* zu wählen.

Stadtv. *Kremen* spricht sich ebenfalls für eine Umgestaltung der Schule aus, hält aber den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für geeignet.

Stadtv. *Abt* tritt den Ansichten seiner beiden Vorredner bei und erklärt, daß die Schule so erhalten werden kann wie sie ist. An dem Fortbestehen der Lateinschule ist nicht zu zweifeln. Er ist ebenfalls für den Ausbau oder eine Umgestaltung der Schule, aber ausgesprochen ist nicht aufgehoben. In der Leitung der Lateinschule müsse dem gegenwärtigen provisorischen Leiter Herrn *Stadtpfarrer Schilo* mehr Freiheit gewährt und in der Aufsicht mehr Recht überlassen werden.

Stadtv. *Fleischner* schließt sich den Ausführungen seiner Vorredner an und spricht sich ebenfalls dafür aus, Herrn *Stadtpfarrer Schilo* die Aufsicht über die Schule zu überlassen. Er halte einen Beschluß über die Umgestaltung der Schule für verfrüht und bitte um Absehung der betreffenden Punkte von der Tagesordnung.

Bürgermeister Dr. Reutner wünscht nochmals in dringender Weise mit bestimmten Worten nur den Beschluß, daß die Stadtvorordneten sich im Prinzip für die Umgestaltung der Schule erklären, ohne irgend welche Kosten zu bewilligen, damit der Magistrat auf Grund dieses Beschlusses mit den maßgebenden Behörden verhandeln könne. Es handle sich heute nur um den Beschluß, die Ideen später durchzuführen. Es müsse heute ein erster Schritt getan werden, damit angefangen werden kann zu arbeiten.

Stadtvorordnete *Fleischner* wünscht Verabredung auf 2 Monate, bis sich die politischen Verhältnisse geklärt haben. Es kommt auf den Standpunkt der zu erwartenden Regierung an, ob wir eine Einheitschule erhalten oder nicht.

Seminardirektor *Rögel* gibt noch einige Ausführungen über die evtl. zu erwartende Einheitschule.

Bürgermeister Dr. Reutner stellt erneut in

dringender Weise das Ersuchen an die Versammlung, einen grundsätzlichen Beschluß in dieser Frage zu fassen. Er sehe in der Annahme des Magistratsantrages eine Anziehungskraft für die Stadt und das Mittel, die Bedeutung der Stadt nach außen zu heben. — Ueber die Bedeutung der Umänderung der Schule sind sich ja wohl alle Redner klar, es sprach ja auch Niemand gegen den Magistratsantrag nur wor man der allgemeinen Ansicht, daß ein Beschluß hierüber jetzt noch nicht ratsam sei.

Stadtv. *Vorsitzer Abt* ist ebenfalls dafür, daß die Beschlußfassung über den Magistratsantrag auf 3 Monate verlagert wird. Redner stellt sodann einen dahingehenden Antrag.

Stadtv. *Dr. Kornbusch* neigt der Ansicht zu, daß weniger eine höhere Schule als die Steuerverhältnisse unserer Stadt für die Zukunft eine Anziehungskraft gewährleisten werde. Die Zukunft wird den einzelnen Städten so hohe Kriegskosten auferlegen, daß die hohen Steuerzahler diejenigen Städte als ihren Aufenthaltsort wählen werden, die die niedrigsten Steuersätze ergeben, ganz gleich, ob dieselben eine höhere Schule ist oder nicht, also ausschlaggebend ist für das Blühen einer Stadt immer der zu erhebende Steuerfuß; ob aber die hiesigen Verhältnisse eine laufende Mehrbelastung von ca. 20 000 Mark pro Jahr vertragen können, müsse erst die Zukunft lehren. Das Wohl einer Stadt hänge lediglich von der Höhe des Steuerfußes ab.

Hierauf wird der Antrag des Stadtvorordneten-Vorsitzers einstimmig angenommen. Derselbe erklärt, daß damit die Punkte 6 und 9 erledigt sind.

Bürgermeister Dr. Reutner gibt hierauf die Erklärung ab, daß, wenn auch Punkt 9 abgelehnt würde, er jede Verantwortung und seine Mitarbeit ablehnen müsse. Die Schule habe sowieso schon Schaden gelitten, weil sein verstorbenen Vater Herr *Dr. Wahl* so lange krank war.

Stadtv. *Rau* beantragt, auch den Punkt 9 zurückzustellen, bis Punkt 5 wieder zur Verhandlung komme.

Stadtv. *Vorsitzer Abt* verliest hierauf den zu Punkt 9 vorliegenden Magistratsbeschluß.

Stadtv. *Rau* fragt Herrn Bürgermeister Dr. Reutner, ob er überzeugt ist, daß die gegenwärtigen Schulverhältnisse ungenügend sind.

1. Beigeordneter *Bitt* bittet, daß die Magistratsmitglieder für die Zukunft bei so wichtigen Vorlagen von weittragender Bedeutung besser vorbereitet werden. Der Herr Bürgermeister habe in der betreffenden Sitzung die ganze Sache in kaum 2 Minuten erledigt, da könne sich Niemand über die Wichtigkeit derartiger Fragen ein klares Bild machen; er müsse bitten, daß in Zukunft den Magistratsmitgliedern mehr Zeit gelassen würde, um sich über so wichtige Punkte besser orientieren zu können.

Stadtvorordneten-Vorsitzer *Abt* pflichtet den Ausführungen seines Vorredners bei. Die Stadt habe überhaupt nicht das Recht, sich in die inneren Einrichtungen der Lateinschule zu mischen.

Es entspinnt sich hierauf eine kurze aber scharfe Auseinandersetzung zwischen dem Bürgermeister Dr. Reutner und dem Stadtvorordneten-Vorsitzer *Abt*, in dessen Verlauf ersterer dem letzteren eine unwahre Behauptung betrifft des Zuzusses der Stadt zur Lateinschule vorwirft. Die Stadt zahle zur Lateinschule 7000 Mark und nicht 4000 Mark, wie Herr *Abt* behauptet.

Als Erwiderung verliest Herr Stadtvorordnete-Vorsitzer das den städtischen Zuschuß zur Lateinschule betreffende Protokoll und beweist damit, daß seine Angaben richtig waren, dagegen die des Bürgermeisters unrichtig, denn nach dem Protokoll leistet die Stadt tatsächlich nur einen Zuschuß von 4000 Mark, dagegen wurden 3000 Mark zum Reservefond der Lateinschule bewilligt. Redner schließt dann wörtlich: „*Ueber das Ueberschneiden der bewilligten Summen sprechen wir uns später.*“

Stadtvorordnete *Dr. Kornbusch* fragt ebenfalls, weshalb man gerade heute einen Beschluß über die Lateinschule herbeiführen wüßte.

Stadtvorordnete *Rau* fragt an, ob denn der verstarbene Herr *Dr. Wahl* nicht berechtigt war, die Schule zu führen.

Seminardirektor *Rögel* erklärt hierauf, daß er darauf nichts erwidern könne, die Verantwortung dieser Frage könne nur in nichtöffentlicher Sitzung erfolgen.

Stadtvorordnete *Rau* zieht hierauf seine Frage zurück, da er für die Erhaltung der Öffentlichkeit sei.

Stadtvorordnete *Fleischner* ist gleichfalls für die Wahrung des Punktes 9 von der Tagesordnung, damit bei der Beratung über die Neugestaltung der Schule alles gleichmäßig geregelt wird.

Stadtv. *Dr. Kornbusch* spricht sich ebenfalls dahin aus, daß die Lateinschule vorläufig so bleiben soll wie sie ist.

Stadtv. *Vorsitzer Abt* beantragt nochmals, Punkt 9 ebenso auf 3 Monate zu vertragen wie Punkt 5. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Stadtv. *Vorsitzer Abt* macht den Vorschlag, die Punkte:

6) Kosten des Gutachters für die Umgestaltung der Lateinschule.

10) Gewährung von Teuerungszulagen an die städtischen Beamten.

in nichtöffentlicher Sitzung zu verhandeln. Wird angenommen.

8) Umzugskosten und Amtszulage für den Volksschul-Rektor.

Stadtv. *Vorsitzer Abt* erläutert hierzu, daß durch den Tod des Herrn Hauptlehrers *Feld* diese Stelle vakant geworden ist. Der Magistrat habe beschlossen, die Stelle für die Zukunft mit einem Rektor zu besetzen. Herr Seminardirektor *Rögel* habe auf Wunsch die Ausschreibung der Rektor-Stelle und die Auswahl des Rektors übernommen. Redner verliest sodann den diesbezüglichen Magistratsbeschluß, wonach die Amtszu-

lage des Rektors der Volksschule auf 1600 Mark festgesetzt werden soll, ferner sollen dem Rektor die Umzugskosten bis zur Höhe von 500 Mark erstattet werden.

Es entspinnt sich hierüber eine längere Debatte, da von dem Herrn Stadtverord. Vorsteher und verschiedenen anderen Seiten die Umzugskosten mit 300 Mark als genügend erachtet werden.

Stadtv. Rau bittet ums Wort und bringt Folgendes zur Kenntnis:

Zu den Kosten des Gutachters für unsere Schulen habe ich ein **kostenloses Gutachten** über unser Schul- und Verwaltungsvorhältnis aufgestellt. Nicht **hohe Gesamtgehälter und Gehaltsaufbesserung** fördern das Wohl der Stadt und Bürger, sondern die **praktische Tüchtigkeit**. Ob wir durch unsere **hohe Verwaltungskosten** in unserer Gemeinde viel erreicht haben, überlasse ich **Ihrem Urteil**. Wir müssen zeigen, daß wir auch im Stande sind, für unsere **Bürger etwas zu tun**, worauf viele schon lange gewartet haben. Zu einem gesunden Geist gehört auch ein gesunder Körper. Herr Peter Fleschner führte in einer früheren Sitzung schon Klagen über ungesunde Arbeiterwohnungen. Auch von anderer Seite hört man Klagen. Schon lange wurde in der Presse auf die Notwendigkeit einer **Kinderschule** hingewiesen. Die jetzige wurde schon in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts als solche benutzt. Statt den Spielplatz für die naturgemäß größere Zahl Kinder zu vergrößern, hat man denselben sogar verkleinert. Heute beträgt der Spielplatz nur 207,93 qm. Derselbe ist außerdem häufig noch mit Holzhaufen belegt. Auf diesem Spielplatz mußten sich schon mehr als 100 Kinder bewegen, das wäre für ein Kind kaum 2 qm. Der Praktische Wegweiser vom 24. Aug. 1914. verlangt für einen eingesperrten Jungbunz 6 qm. Glaubt man, daß 2 qm zur Erhaltung der Gesundheit unserer Volksschüler genügen, ebenso wie der innere Raum der Schule. Trotzdem schon mehrere Tausend Mark gesammelt wurden, trotzdem der verstorbenen Herr Kommerzienrat Müller, früherer Magistratsmitglied, die Zinsen von 25 000 Mk. dafür bereit stellte, fühlt sich der Magistrat nicht bewogen, den Bau einer **Kinderschule** in Angriff zu nehmen. Die Debatte darüber wurden nach mehr als Ansicht nur zum Schein geführt. Heute klagt man, daß **Tuberkulose und Malaria** sich in unserer Stadt stark vermehren. Was nützen alle Wohlfahrts-Einrichtungen, wenn der Herd des Übels nicht beseitigt wird. Es ist ein wahrer Spott, welchen unsere Stadtverwaltung mit dem Bau königlicher Gebäuden getrieben hat (Königl. Amtsgericht, Königl. Domänenkammer, Königl. Lehrerinnen-Seminar). Zu letzterem hat die Stadt circa 130 000 Mark bewilligt. Nach Blättermeldung der „Mh. Volksz.“ vom 6. Sept. 1918 hat die Stadt Bormen das Lehrerinnen-Seminar dort eingehen lassen. Der Beschluß hat seine Ursache in der immer **krasser** werdenden **Heberfällung des Lehrerinnenberufs**. Wie die Verwaltung mittelst Leben in Preußen heute bereits **11 000 Stellenlose** Lehrerinnen. Unter diesen Umständen wird es nicht schwer sein, den Bau des Königl. Lehrerinnen-Seminars rückgängig zu machen, es sei denn, unsere Stadt baut das **Lehrerinnen-Seminar zur Förderung stellenloser Lehrerinnen**. Sorgen Sie für unsere **eigenen** Kinder, für den Bau einer **Kinderschule**, für **gesunde Arbeiterwohnungen**, für den **Ausbau der Volksschule** oder **Vater- und Töchterschule** zusammen. Wir dürfen in erster Linie **das nicht vergessen, die für uns arbeiten**.

Zur Erwiderung auf diesen Vortrag meldet sich **Herrmann** zum Wort.

Stadtv. H. bezeichnet den Vortrag seines Vortrags als etwas sehr ausweichend.

Bürgermeister Dr. Reutner kommt nochmals mit kurzen Worten auf die Höhe der Umzugskosten des Rektors zurück und bemerkt, daß man die vom Magistrat vorgeschlagenen 500 Mk. annehmen solle, denn es handle sich hier ja nur um eine einmalige Mehrausgabe von 200 Mk., die man vielleicht dadurch einbringen könne, daß man dem Rektor nur einen jährlichen Zuschuß von 1600 Mark bewillige, die Stadt würde dann noch einen dauernden Beitrag von 100 Mark pro Jahr sparen.

Stadtv. Rau hält den Betrag für die Rektorstelle überhaupt für zu hoch.

Seminarleiter Knögel erwidert darauf, daß für die Stadt die erste Kraft doch gerade gut genug ist, da soll man nicht so sparen; es seien mehrere Herren in Aussicht, wenn einer dieser Herren gewonnen würde sei dies ein Ereignis für die Stadt.

Schließlich erklärt sich das Kollegium mit dem Magistratsantrag einverstanden. Es wird nun zur Beratung des ersten Punktes der Tagesordnung geschritten.

1) Erhöhung des Kredits bei der Landesbank.

Stadtv. Vorst. H. erklärt hierzu, daß infolge der anhaltenden Massenquartiere und die dadurch verursachten großen Ausgaben der bisherige Kredit von 80 000 Mk. bei der Rheinischen Landesbank nicht mehr ausreiche, der Magistrat wünsche daher den Kredit auf 120 000 Mark zu erhöhen. Der Magistratsantrag wird hierauf einstimmig angenommen.

2. Kulturplan für den Vorterrwald.

Stadtv. H. bringt den diesbezüglichen Magistratsbeschluss zur Kenntnis. Danach sollen durch eine Nachtrags-Kulturplan die Walwege wieder gründlich in Stand gesetzt werden. Vorgesehen waren hierfür anfangs 2000 Mk. Da aber dieser Betrag bei weitem nicht ausreicht, und diese Arbeiten als Notstandsarbeiten betrachtet werden, sollen aus der für Notstandsarbeiten bewilligten Summe von 10 000 Mk. noch ca. 6000 Mark entnommen werden.

Stadtv. Fleschner erstattet über die bereits ausgeführten Notstandsarbeiten, die sich gegenwärtig lediglich auf Verbesserung der Waldwege erstrecken, einen eingehenden Bericht. Nach demselben nehmen die Arbeiten einen

guten Fortgang, sobald die Herstellung der Wege demnächst beendigt sein soll. Redner beantragt noch, die Steine längs des Rauschweges möglichst bald beseitigen zu lassen.

3) Schulgahnpflege.

Stadtv. Vorsteher H. bringt zu diesem Punkt den Magistratsantrag zur Kenntnis. Danach sollen die Bäume der Schulkinder auf Wunsch der Eltern einer dauernden jährlichen Behandlung unterzogen werden. Die Kosten, die der Stadt dadurch entstehen, werden auf 300 Mark geschätzt. Außerdem hat der Kreis einen Zuschuß von 50% der Kosten, jedoch nur bis zur Höhe von 500 Mark pro Jahr zugesagt. Redner bringt zur besseren Orientierung den von der Stadt Radesheim mit dem dortigen Jahrmärkt abgeschlossenen Vertrag zur Kenntnis, der als Unterlage für den hier abzusließenden Vertrag empfohlen wird. Redner bemerkt noch, daß er es gern gesehen hätte, wenn auch heute hier seitens des Magistrats ein Vertragsentwurf vorgelegt worden wäre.

Stadtverordneter Fleschner fragt, weshalb heute nicht schon ein fertiger Vertrag vorliege; in diesem Falle hätte derselbe heute schon genehmigt werden können. Sobald der fertige Vertrag vorliege und die Genehmigung des Kollegiums gefunden habe, könne auch die hierfür erforderliche Summe bewilligt werden. Dieser Vorschlag wird angenommen.

Stadtverordneter Rau bringt bei dieser Gelegenheit eine andere sanitäre Frage, die der dringenden Verbesserung bedürfe, zur Sprache nämlich die Aborverbhältnisse der Schulen. Auch darin müsse bald Wandel geschaffen werden. Gegen diese schlechten Aborverbhältnisse habe die städtische Verwaltung in ihrer bekannten Methode bisher noch nichts getan.

Es folgt ein Antrag, Punkt

4) Bauliche Veränderung im Hause Urban und Bewilligung von Mitteln,

6) Kosten des Gutachters für die Umgestaltung der Vaterschule,

10) Gewährung von Feuerungszulagen an die städtischen Beamten

in geheimer Sitzung zu beraten.

Stadtv. Fleschner beantragt, die Punkte 4 und 6 in anbeacht der vorgeschrittenen Zeit zu vertagen.

Stadtv. Rau bittet den anwesenden Pressevertreter, noch einen Augenblick zu warten, bevor er vor Eintritt in die nicht öffentliche Sitzung den Saal verläßt, da er, Redner, noch eine Anfrage zu stellen habe, die vielleicht die Öffentlichkeit und die hiesige Geschäftswelt interessieren dürfte. Redner fragt noch an, wie es sich mit der seitens des Magistrats amtlich veröffentlichten **Währungstabelle** für Franc und Mark verhält. Er habe auf Grund dieser amtlichen Veröffentlichung den Kurs von Mk. 1.66 als richtig gültig betrachtet und zu diesem Satz französische Geld in Zahlung genommen. Aber der **Vorschuß-Verein** sowohl wie die **Post-Landesbank** verweigerten die Annahme des französischen Geldes zu diesem Kurse. Was jetzt sei auch ein Widerspruch des Magistrats noch nicht erfolgt. Redner habe infolge der amtlichen Bekanntmachung einen Schaden von über 40 Mark. Wer habe ihm für den Schaden, auf seine Beschwerde bei dem Herrn Bürgermeister habe er nur eine ungenügende Auskunft erhalten.

Bürgermeister Dr. Reutner erwidert darauf, daß er nicht in der Lage war, Herrn Rau eine andere Auskunft zu geben, er habe ihn gebeten, sich noch einige Tage zu gedulden. Die Veröffentlichung des Kurses sei auf Anordnung der Kommandantur erfolgt.

Stadtv. Rau erwidert darauf, daß nach seiner Ansicht der Magistrat für die von ihm veröffentlichten Bekanntmachungen verantwortlich sei.

Stadtv. Dr. Kornbusch fragt an, ob schon eine Antwort auf die an die Kreis-Kommandantur gerichtete Eingabe wegen Lebensmittel und Kohlen eingegangen sei.

Bürgermeister Dr. Reutner erwidert darauf, daß der Herr Kreis-Stapellkommandant den Antrag des Magistrats auf Belieferung von Kohlen unterläßt. Betreffs der Lebensmittel habe der Herr Kreis-Kommandant angeordnet, daß die Stadt keine Kartoffeln mehr an die Besatzungs-Truppen abzugeben brauche, dergleichen brauchen auch die Gemüsehändler kein Gemüse mehr an die Truppen zu verkaufen.

In der nun folgenden nichtöffentlichen Sitzung werden wegen der vorgeschrittenen Zeit die Punkte 6, 7 und 10 auf Vorschlag des Stadtv. Fleschner bis auf nächsten Mittwoch vertagt. Bewilligt wurden noch in der nichtöffentlichen Sitzung die Mittel zur Schaffung von 4 neuen Fenstern in der **höheren Töchterschule**. Die Kosten dürfen die Summe von 2000 Mark nicht übersteigen.

○ **Stville, 11. Jan.** Wie aus der amtlichen Bekanntmachung auf der ersten Seite dieser Nummer ersichtlich, ist im besetzten Gebiet des **Mainzer Brückenkopfes die Verkehrszeit auf den Straßen bis 10¹/₂, dagegen in den Wirtschaften bis 10 Uhr gestattet.**

+ **Stville, 13. Januar.** Am Mittwoch den 15. Januar nachmittags 5 Uhr, findet im hiesigen Rathaus eine Stadtverordneten-Sitzung mit folgender Tagesordnung statt:

1) Kosten des Gutachters für die Umgestaltung der Vaterschule,

2) Anstellung eines vorübergehenden Gutachters für die Volks-, Vater- und höhere Mädchenschule,

3) Gewährung von Feuerungszulagen an die städt. Beamten.

+ **Stville, 10. Jan.** Die Rheingauwerke teilen uns mit, daß die Kohlenzufuhr in letzter Zeit wieder mangelhaft ist. Die Einschränkungen sind daher nach wie vor zu beachten, damit die Rheingauwerke nicht gezwungen werden, wie anderorts Abschaltungen vorzunehmen.

+ **Stville, 10. Jan.** (Stadtverordnetenwahlen nach dem gleichen Wahlrecht.) In den meisten Städten des Neckarlandes fanden in der vorigen Woche Stadtverordnetenwahlen nach dem gleichen Verhältniswahlrecht statt.

KA. **Stville, 6. Januar.** Die Bewirtschaftung der baumwollenen Verbandwatte durch die Reichsbekleidungsstelle tritt am 1. Januar 1919 außer Kraft. Demnach können von diesem Zeitpunkt ab die Krankenanstalten und Krankenkassen sowie die Apotheken und sonstigen Kleinhandlungen Verbandwatte im freien Handel beziehen. Bezugsquellen können bei der Vereinnahmung deutscher Verbandwattfabrikanten, Berlin W. 8, Krausenstraße 17/18, nachgewiesen werden, wenn ein Lieferant hier und da nicht in der Lage sein sollte, zu liefern. Die Aufhebung der Bekanntmachung vom 30. Mai 1918 hat auch die Wirkung, daß vom 1. 1. 1918 der Rezeptzwang für Verbandwatte vollständig wegfällt, demnach ist auch die Abgabe von Packungen von 100g ohne Rezept gestattet.

— **Stville, 10. Januar.** (Das „Reichsblatt-Monopol“ in Baden beseitigt.) Mit dem 1. Januar ist im Großherzogtum Baden das Amtsverlängerungs-Monopol verschwunden. Alle Zeitungen Badens erhalten ohne Ausnahme und Unterschied der Parteilichung sämtliche Ankündigungen der Regierung. Vom Vorstand der Amtsblattverlegervereinigung wurde die Erklärung abgegeben, daß sich die Amtsblattverleger mit Rücksicht auf die veränderten Verhältnisse mit einer Neuregelung des amtlichen Verlagsvertrags ab 1. Januar 1919 in der Weise einverstanden erklären, daß das bisherige Amtsblattsystem aufzuheben ist. Sämtliche amtliche Bekanntmachungen sind künftig allen Zeitungen mit mehr als 500 Auflagen gegen Bezahlung zuzuführen. — Damit stellt sich die vorläufige Regierung auf den Boden der Parität, da sie alle Zeitungen Badens gleichmäßig behandeln wird. Auch im Großherzogtum Hessen ist schon seit längerer Zeit eine Bewegung im Gange das Amtsblatt-Monopol zu beseitigen.

△ **Stville, 7. Jan.** Herr Baron Dr. jur. Graf Langwerth von Simmern, ein geborener Stviller, ist zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt ernannt worden, und wurde ihm als Dirigent die politische Abteilung unterstellt.

× **Stville, 10. Januar.** Militärmützen, Mäntel, Knöpfe, Kofarden, sowie alles, was als militärisches Abzeichen gelten kann, dürfen im besetzten Gebiete nicht getragen werden. Militärbekleidungsstücke dürfen nur benutzt werden, wenn sie nach vorliegendem Verbot hergestellt sind. Nach dem 10. ds. Mts. werden Verstöße bestraft.

* **Radesheim, 9. Januar.** Folgende Eingabe ist an den Herrn kommandierenden General der 10. Armee durch den Herrn Kommandanten des Stappenbezirks Radesheim a. Rhein eingereicht worden:

Die ergebenst unterzeichneten Bürger und Bürgerinnen der Stadt Radesheim a. Rh. gestatten sich dem Herrn kommandierenden General das Folgende vorzutragen:

Die Stadt Radesheim, welche außer Wein landliche Produkte nur in sehr geringem Maße erzeugt, war schon in Friedenszeiten in ihrer Versorgung mit Lebensmitteln vorzugsweise auf die linksrheinischen Gebiete Rheinhessens und der Nahe angewiesen. Im Kriege war das umso mehr der Fall, als die behördlich zugewiesenen Lebensmittel zur Ernährung bei weitem nicht ausreichten. Die nunmehr erfolgte Absperrung des linken Rheinufers bedeutet für unsere Bevölkerung geradezu eine Katastrophe, zumal auch die Zufuhr der behördlich rationierten Lebensmittel jetzt bedenklich steht.

Die ergebenst Unterzeichneten richten deshalb an den Herrn kommandierenden General die inständige Bitte, die Wiedereröffnung des gewohnten Verkehrs mit der Stadt Bingen baldmöglichst veranlassen und alle mit den vorgeschriebenen Ausweisen versehenen Personen den Verkehr mit den Orten Rheinhessens und der Nahe wieder ermöglichen zu wollen.

Schließlich erlauben wir uns darauf hinzuweisen, daß eine Erleichterung für die unter schwerer Not leidende Bevölkerung dadurch eintreten würde, wenn Maßnahmen zur direkten Zufuhr von Lebensmitteln getroffen werden könnten.

(Folgen Unterschriften.)
Hoffentlich wird die Petition bald den gewünschten Erfolg haben.

* **Mainz, 10. Januar.** (Preisausgang in Wirtschaften.) Die Preise für Speisen und Getränke, Räumlichkeiten und Gastzimmer müssen künftig in französischer Sprache in allen Lokalen, Kaffeehäusern, Hotels, Bierhäusern, Restaurationen, Weinstuben usw. der Stadt Mainz und der Gemeinden Gonsenheim und Weisenau angebracht sein. Wirte usw., die einen höheren Preis fordern, setzen sich einer Bestrafung und Schließung ihres Lokals aus.

* In Mainz werden die nächsten Stadtverordnetenwahlen auf Grund des Verhältniswahlrechts voraussichtlich eine starke sozialistische Mehrheit ergeben.

* **Worms, 9. Jan.** (Polizeistunde.) Laut einer Verfügung des Generalkommandanten von hier ist in Anbetracht der gut in Haltung der Bevölkerung die Polizeistunde um eine Stunde hinausgeschoben worden. Von nun an bleiben die Wirtschaften und Cafés bis 10 Uhr offen, der Straßenverkehr ist bis 11 Uhr gestattet.

* **Frankfurt, 10. Jan.** (Ehrentrunk.) Der hiesige Wingerverein, sowie einige größere freie Weinbauern stiften für die heimgekehrten Krieger einen ansehnlichen Ehrentrunk.

* **Reiselfeld, 5. Jan.** Da die Fabriken infolge der Verkehrsperre nicht arbeiten können, sollen 2500 Arbeitslose vorläufig nach Nordfrankreich zu Ausräumungsarbeiten gebracht werden.

Verantwortlicher Schriftleiter: Alwin Böge, Stville.

Willst Du eintreten:

Für deutsch-nationales Wesen
gegen die Internationale,
Für Christentum, Kirche und
Religion in Staat, Schule und
Haus
gegen die Religionsfeindlichkeit,
Für gesunde Privatwirtschaft
gegen die Zwangswirtschaft,
Für den Schutz des Eigentums
gegen die Sozialisierung,
Für eine Staatsleitung durch
alle Bürger
gegen den Klassenstaat und die
Diktatur weniger Demagogen,
Für die Erhaltung des Deut-
schen Reiches
gegen seine Zerstückelung und
die Preisgabe seiner Grenzen,
so tritt ein und wirb neue
Mitglieder

Deutschnationalen Volks-Partei

Hauptgeschäftsstelle für
Hessen-Nassau-Wetzlar-Waldeck

in
Cassel,
Karthäuserstrasse 15,
(Fernruf 5016).

Wer zur Mitarbeit bereit ist, möge
sich dorthin melden. Flugblätter und
Stimmzettel können von dort bezogen
werden. 6357

Jakob Heinrich's bester Fuss-
boden - Oelersatz,

beste Qualität, per Lt. 1.10 Mk. ohne Flasche, mit
Flasche 1.25 Mk.
In Eltville zu haben bei

Josef Fleschner,
Gutenbergstr.

Elsässische Bankgesellschaft

Aktienkapital
Mk. 20 000 000,—

FILIALE MAINZ,

Fernruf
Nr. 52 und 91.

Verzinsung von Spargeldern zu günstigsten Zinssätzen.

An- und Verkauf von Wertpapieren.

Ausführung sämtlicher in das Bankfach einschlagender Geschäfte.

Verschwiegenste und zuverlässigste Erledigung aller Angelegenheiten.



Todesanzeige u. Danksagung.

Freunden und Bekannten die traurige
Mitteilung, dass es Gott dem Allmächtigen
gefallen hat, unsere liebe Mutter, Schwieger-
mutter, Grossmutter, Schwester und Tante,

Rosa Jesinghaus

geb. Berg,

nach längerem Leiden zu sich in die Ewig-
keit abzurufen.

Zugleich danken wir für die herzliche
Teilnahme bei der Krankheit und Beerdig-
ung unserer lieben Verstorbenen.

Eltville, Frankfurt, den 6.
Januar 1919.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Bekanntmachung.

Wir machen darauf aufmerksam, daß ein et-
waiger Verbrauch von elektrischem Strom in leers-
stehenden **Wohnungen, Stallungen und anderen**
Räumen vom Hausbesitzer dem Elektrizi-
tätswerk sofort anzumelden ist, damit ein Elektrici-
tätsmesser angebracht wird.

Die Hausbesitzer sind für die Entnahme des
Stromes haftbar, und wir weisen insbesondere auf
das Reichs-gesetz betr. die Bestrafung für Entziehung
des elektrischen Stromes vom 9. April 1900 hin.

Rheingau Elektrizitätswerke

Aktien-Gesellschaft
Eltville. 6353

Aus dem Heeresdienst entlassen, habe
ich meine

Praxis

wieder aufgenommen.

Sprechstunden: Vorm. 9-12 Uhr
Nachm. 3-6 "

Eltville, den 22. Dez. 1918.

Schwalbacherstr. 33,
gegenüber dem Amtsgericht.

Christian Heinrich Lang,

Rechtsanwalt u. Notar. 6272

**Kreisverband für Handwerk
u. Gewerbe im Rheingaukreis**
Geschäftsstelle Rudesheim,
Kirchgasse 4.

erteilt Rat und Auskunft und gewährt Beistand in allen
Angelegenheiten des Handwerks und Gewerbes.
Beratung für Jedermann.



Alleinstehendes

Wohnhaus

mit großem Obstgarten, 6
Zimmer und Küche zu verkauf-
en. 6359
Offerten unter 7.500 an den
Verlag dieses Blattes erbeten.

Ein fast neuer

Kinderwagen,

Marke „Brennabor“ billig zu
verkaufen. 6355
Näheres im Verlag ds. Bl.

Empfehle mich zur

Entleerung

von
Abortgruben

für Gärten etc.
Die Gruben werden besondere
geleert. 6354

Philipp Schmidt,
Rosenstraße 13.

Geschäfts-Eröffnung.

Allen Freunden und Bekannten die ergebene Mitteilung, daß
ich vom

Samstag, den 11. Januar ab,
im Hause des Herrn Adolf O i e g, Rheingauerstraße 20, ein
Friseurgeschäft eröffne.

Um geneigten Zuspruch bitte

Andreas Herzer,
Friseur.

Gleichzeitig empfehle ich mich im Anfertigen sämtlicher Haar-
arbeiten. 6352

Brennholz - Verkauf.

Trockenes Buchenbrennholz im Stadtwald, Distrikt
„Hausenlopf“ bei Schlangenbad stehend, habe 175 rm.
ganz oder geteilt abzugeben. Preis pro Klafter ab
Wald 65 Mark. 6274

M. Cramer,
Wiesbaden,
Feldstraße 18.

Wohnung

von drei oder 4 Zimmern, mög-
lichst mit Gartennutzung, von
kinderlosem älteren Beamten zu
mieten gesucht. 6350
Melbungen an den Verlag
ds. Blattes.

Schöne 3-Zimmerwohnung

mit Zubehör sofort beziehbare zu
vermieten. 6356
Erbach, Eltville Straße 8.

Ein möbliertes Zimmer

mit Frühstück in besserem Hause
per 15. Januar zu vermieten.
Näheres im Verlag ds. Bl. 6328

Monats- Mädchen

gesucht. 6339
Näheres Feldstraße 13.

Zwei Hähne

gegen Gelfe oder Fett
zu tauschen. 6370
Tannusstraße 29 I.

Zuverlässiges Mädchen

täglich für leichte Hausarbeit
gegen gute Bezahlung gesucht.
Garlenstraße 9. 6342

Eine Putzfrau

für Mittwochs und Samstags
Nachmittags gegen gute Bezah-
lung gesucht. 6358
Näheres im Verlag ds. Bl.

Al. Billig oder Landhaus

mit Garten oder Land zu
verkaufen. 6358
Antrag. Antritt 1.
April.
Ausföhr. Angebote an F.
Wwe., Immo.-Büro,
Wiesbaden, Albrechtstr. 11.

Junger, deutscher Schäferhund

reinrassig, zu kaufen gesucht.
Offerten unter „Schäfer-
hund“ mit Angabe des Alters
an die Exped. ds. Bl. 6347

Gesucht

in gutes Privathaus, 3 Personen,
ein braves, lauberes. 6356

Dienstmädchen.

Eintritt sofort oder später.
Näheres im Verlag ds. Bl.

Haushaltungs-

Herren- u. Damen-Wäsche wird
zum Waschen und Bügeln an-
genommen. 6349
Schwalbacherstr. 10.
Laden.

Ein Kinderwagen (Bebbi)

Ein weisses Kinderbett

Ein Kinderstühlchen

zu verkaufen.

Wo? sagt der Verlag. 6350

1

ist klar

bewiesen,

jedes

Insertat in dieser

Zeitschrift

wirkt!

Eng. Kirchengemeinde

des oberen Rheingaus.

Sonntag, den 12. Januar.

10 Uhr vorm. (franz. Zeit).

Gottesdienst in der Pfarrkirche

11 Uhr vorm. Christenlehre der

Mädchen.

2.30 Uhr nachm. Gottesdienst in

d. Christuskapelle zu Eltville.